

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Bestellgeld.

Redaktion: Tauscher Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 gespaltene Zeilen oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauscher Straße 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

## Die wahren Totengräber.

\* Leipzig, 20. November.

Während der „Kuhhandel“ in vollem Gang ist, bemühen sich die Blätter der Mehrheitsparteien, die Aufmerksamkeit von diesen Vorgängen abzulenken, indem sie die Opposition mit Verdächtigungen und Schmähungen überhäufen und ihr die ganze Schuld an der „kritischen Situation“ beimessen. Herr Wassermann gab dazu das Signal, indem er die Sozialdemokratie der „Totengräber“ beschuldigte. Er ist seines berühmten Ahnen, der die gleichfalls berühmten „Gestalten“ sah, vollkommen würdig; die Gespensterfurcht läßt ihn in den Sozialdemokraten „Totengräber“ sehen. Dabei fehlt ihm freilich der historische Sinn, sonst würde er sich erinnern, daß die Häupter seiner Partei schon vor mehr als dreißig Jahren von Johann Jacoby als „übertünchte Totengräber“ bezeichnet worden sind, und wahrlich, die Nationalliberalen hätten alles Ansehen und alles Vertrauen, das der Reichstag besaß und besitzt, längst begraben, wenn sie die ausschlaggebende Partei geblieben wären.

Die Stimme des Herrn Wassermann erweckte ein Echo im reaktionären Blätterwald; „Reichstagsverderber“ hieß man die Sozialdemokraten und stellte sie als „Kadaverbrüder“ und „Lärmmacher“ hin. Nun ja, es ging lärmend zu während der Beratung des Antrags Michalich. Aber die Rechte lärmte mehr als die Linke. Ueberhaupt wer hat mehr Lärm gemacht in den 32 Jahren, seitdem der Reichstag besteht — die alten Parteien oder die Sozialdemokraten, die doch erst seit anderthalb Jahrzehnten eine größere Funktion sind? Als seiner Zeit Bismarck den Attentäter Kullmann dem Centrum „an die Kockschöbe“ hing, da stiegen 150 Nationalliberale brüllend und johlend auf die Bänke! Natürlich war das kein Lärm, das war echt „nationale Begeisterung“! Als Graf Ballestrem und andere dem kühnen Bismarck das bekannte Psi! entgegenstießen, so war das kein Lärm — es war „gerechte Entrüstung“! Nur wenn Sozialdemokraten einmal laut werden, dann ist es „wüster Lärm“! Und dieser Lärm wurde laut in einem Augenblick, da man die Geschäftsordnung beschneid, um die Opposition lahmzulegen. Da hätten die Sozialdemokraten zornig und beiseite schweigen sollen! Aber diese hartgesottenen Sünder scheinen nicht einmal zu fühlen, daß sie überhaupt Sünder sind. Sie glauben sogar noch ein gutes Werk zu thun und bedenken nicht einmal, daß sie sich damit dem heiligen Horn und der sittlichen Entrüstung von Millionen von Stammtischpfeihürgern aussetzen!

Die Junfer haben die Gelegenheit wieder wahr-

genommen, um allerlei dunkle Drohungen auszusprechen. Sobald in der Kreuzzeitung oder in ähnlichen Blättern von der „Zusammensetzung des Reichstags“ die Rede ist, dann weiß man genau, um was es sich handelt; sie möchten das allgemeine Wahlrecht und damit die Sozialdemokratie aus dem Reichstage beseitigen. Die Kreuzzeitung hat dieser Tage sich so ausgedrückt, als bestünde der Plan, eine Aenderung des Systems, auf dem der Reichstag beruht, auf „anderem als auf ordnungsgemäßen Wege“ herbeizuführen. Aber bei wem soll denn dieser Gedanke bestehen? Wer soll denn an einen Staatsstreik denken? Die Regierung zur Zeit nicht, denn diese kämpft zur Zeit ja gar nicht mit der Opposition, sondern mit den Ueberagrariern. Graf Miklow, davon sind wir überzeugt, wird nicht sonderlich traurig sein, wenn der Zolltarif, wenn er auch das Werk seines Kollegen Posadowsky ist, in den Orkus hinabgeworfen wird. Er wird wie Herr v. Köller sagen: „Na, denn nich!“ und wird um so beruhigter an die Verlängerung der Handelsverträge gehen. Die Kreuzzeitungsritter aber und die ganze Junferchaft mit ihnen — diese Leuteken würden wohl gerne einen Staatsstreik machen, wenn sie könnten. Sie werden es sich aber wohl verkneifen müssen, denn ihnen steht der Reichsapparat denn doch nicht zur Verfügung.

Freilich — die Drohungen mit dem „anderen Wege“ verkehren ihren Eindruck darum doch nicht. Die ganze sonderbare Haltung des Herrn Eugen Richter in dem Zollkampfe ist diktiert von der Angst — vielleicht weiß man nicht einmal genau, vor was und vor wem man Angst hat. Das allgemeine Wahlrecht kann verloren gehen — wenn sich die Mehrheit entschließt, dies Volkrecht zu beschneiden. Centrum und Nationalliberale haben hundertmal feierlich versichert, daß sie am allgemeinen Wahlrecht stets unverbrüchlich festhalten würden. Sie würden den schmachlichsten Wortbruch begehen, wenn sie das Wahlrecht antasten ließen. Halten sie ihr Wort, dann kann dem allgemeinen Wahlrecht nichts geschehen. Wenn man aber doch von „Totengräber“ und von „Reichstagsverderbern“ spricht — verrät das nicht eine innere Unsicherheit? Glaubt man nicht an sich selbst, fürchtet man seine eigene Wortbrüchigkeit?

Wollte man diese knabenhafte Angstmeterei tragisch nehmen, dann wäre ja alle einseitige Opposition von vornherein lahmgelegt. Wenn eine Vorlage bekämpft würde, so könnte es dann ja immer heißen: „Halt, ihr führt eine Auflösung des Reichstags herbei! Halt, ihr treibt zum Staatsstreich! Halt, ihr untergrabt das allgemeine Wahlrecht!“

Das mag bei Nationalliberalen oder bei Freisinnigen maßgebend sein — bei uns jedenfalls nicht. Und wenn man es schwarz auf weiß hätte, daß der Fall des Zolltarifs mit der Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts beantwortet werden würde, so hätte die Opposition gegen den Zolltarif dadurch nicht das Geringste an Schärfe und Hartnäckigkeit einbüßen dürfen, denn was sollte dann ein Wahlrecht und ein Reichstag, wenn man von diesen Institutionen nicht Gebrauch machen könnte, um die Reaktionäre und die Ventepolitiker im Schach zu halten?

Wir müssen gestehen, daß uns unsere Nationalliberalen noch niemals so klein vorgekommen sind, wie gegenwärtig. „Wer hat gelärmt?“ geht es durch ihre Presse und mit dem Finger wird auf die Sozialdemokraten gezeigt, gerade als ob man sich in einer Schule befände, wo nun der Schulmeister mit dem Batel kommen und die „Schuldigen“ bestrafen wird. Mögen die nationalliberalen „Mannesseelen“ sich solchen schuldigenhaften Gefühlen hingeben; den Sozialdemokraten kann es vollkommen gleichgültig sein, ob in diesen Tagen von unseren Bierpflüsterern ein paar Tausend Tonnen stüllicher Entrüstung mehr oder weniger verzapft werden.

Totengräber giebt es freilich. Es sind aber nicht die Sozialdemokraten, deren Zukunft doch wahrlich nicht vom Parlamentarismus abhängt. Die sozialistische Bewegung bedient sich desselben als eines guten Kampfmittels, aber sie stirbt nicht an diesem und auch nicht ohne dieses.

Wie der Ausgang des Kampfes auch sein mag, ob der Parlamentarismus Schaden nimmt oder nicht, sicher ist, daß die Sozialdemokratie dastehen wird als die einzige zuverlässige Hüterin der Volksrechte, die weder durch Drohungen noch durch direkte Angriffe einzuschüchtern ist.

Diese Krisen und Kämpfe tragen in ihrer Gesamtheit dazu bei, die Auflösung und Zerlegung der bürgerlichen Gesellschaft zu beschleunigen. Wenn die alten Parteien von „Totengräbern“ sprechen, so spotten sie ihrer selbst und wissen nicht wie.

## Politische Uebersicht.

Zum Schacher um den Brotwucher.

Was wir in unserem vorgestrigen Leitartikel ausführten, daß nämlich eine weitere Verstärkung der Geschäftsordnung für die agrarischen Mehrheitsparteien des Reichstags keinen rechten Sinn und Zweck habe, bis die berühmte „Verständigung“ über den Hungertarif erzielt sei, hat gleichzeitig der nationalliberale Abgeordnete Paasche bestätigt. In einer Güstlicher Versammlung führte er aus, daß mit dem Kampfe gegen die sogenannte „Obstruktion“ der Unten eingehalten werden müsse, bis der

## Seuilleton.

### Der Grabenhäger.

Roman von Wilhelm von Polenz.

Während man noch mitten in solchen Erwägungen stand, kam ein Brief aus Berlin, der den Grabenhäger in einige Aufregung versetzte. Ein Graf Ingelsbrunn meldete seinen Besuch in Grabenhagen an. Ludwig Graf von Ingelsbrunn war ein Neffe des alten Grafen Wieten. Er würde nach seines Onkels Tode voraussichtlich einmal die großen Wietenschen Besitzungen erben.

Graf Ingelsbrunn war um einige Jahre älter als Erich von Kriebow. Er hatte als Diplomat ein gut Stück Welt gesehen. Jetzt war er übrigens in Berlin beim Auswärtigen Amt beschäftigt. Sein Onkel Wieten hatte das veranlaßt, weil er den Neffen wieder mal etwas unter Kontrolle nehmen wollte; der hatte ihm im Auslande zu viel Geld verbraucht.

Des Grabenhägers nähere Bekanntschaft mit Graf Ingelsbrunn stammte von Wien her, wo Kriebow als Militärattaché kommandiert gewesen, während Graf Ingelsbrunn als Botschaftsattaché der dortigen Gesandtschaft zugeteilt war. Dann hatte man sich wieder in Berlin getroffen. Der Graf war einer der elegantesten jungen Lebemannern, die Kriebow kannte. Feinschmecker der Kunst und des Lebens.

In seiner Abkunft war der Graf ein wenig international. In Paris hatte er seine Erziehung genossen. Dem Reichsdienst hatte er sich gewidmet, auf Wunsch des Grafen Wieten, von dem seine Existenz abhing, und weil er später einmal durch die Wietenschen Besitzungen dem

preussischen Herrenhause angehören sollte. Das Deutsch sprach er mit leicht österreichischer Färbung, seine Mutter war Ungarin; und Japan sei eigentlich das einzige Land, in dem man leben könne, pflegte er zu behaupten.

Erich von Kriebow hatte in seiner Wiener Zeit eine unlegbare Bewunderung für diesen Mann gehegt, der für ihn in Sachen des Chifs geradezu Orakel war.

Als Kriebow, von der Hochzeitsreise zurückkehrend, mit seiner jungen Frau einige Tage in der Reichshauptstadt Aufenthalt nahm, gehörte auch Graf Ingelsbrunn zu den wenigen Ausgewählten aus seinem Bekanntenkreise, die er mit Klara zusammenführte. Man hatte gemeinsam die Ausstellung besucht und dann soupiert. Bei dieser Gelegenheit war auch davon gesprochen worden, Graf Ingelsbrunn solle einmal nach Grabenhagen kommen; aber allzu ernst hatte der Grabenhäger selbst diese Einladung nicht genommen. Und als der Graf sich jetzt anmeldete, erschrak Kriebow ein wenig.

Ludwig Ingelsbrunn war ja einer der lebenswürdigsten Gesellschaftler, die man sich denken konnte, aber man durfte sich doch auch nicht verheimlichen, wie verwöhnt er war. Womit solch einen Mann beschäftigen? — Vielleicht konnte man ihm etwas Jagd anbieten. Jäger waren ja noch genug übrig, und die Fasanausjagd war ja inzwischen aufgegangen. Auf den Rehböck konnte er auch gehen, falls er dazu Lust verspürte. Und schließlich, wenn man Malte Rantin ein gutes Wort gab, ließ der es zu, daß sie eine Büchsfahrt in den Längendammer Tannen unternahmen, wo es Damwild und Schwarzwild gab, und sogar Edelhirsch wechselte. Unangenehm war es, daß zur Hühnerjagd der Vorstehhund fehlte; denn der alte Sektor konnte nicht mehr als voll angesehen werden. Kriebow erkundigte sich und erfuhr, daß in einer nicht allzu entfernt gelegenen Oberförsterei

ein raffiger Hund im zweiten Felde ausgedoten wurde. Obgleich der Preis hoch war, griff er zu. Dann gab's ja auch noch das Jagdreiten; neulich hatte der Hefklub seine erste Schnitzeljagd in dieser Saison geritten, und es war davon gesprochen worden, nächstens einen Fuchs aufzuspüren. Freilich war da die schwierige Frage: wie sollte er seinen Gast beritten machen? Bei Malte in Langendamm einen Schinder kaufen? Da war man sicher, betrogen zu werden. Schließlich entschied sich Kriebow für Folgendes: er wollte seinem Gast die Pigeunen lassen — obgleich er sich nur ungern von seinem Leibpferde trennte — er selbst wollte sich auf ein altes Tier setzen, „Malf“, ein ehemaliger Krenngaul, der jetzt in Grabenhagen das Gnadenbrot hatte. Der Gaul sah noch gut aus, und wenn man seine Schwächen kannte, mochte man immer noch eine Parforcejagd auf ihm wagen; allerdings würde das möglicherweise Malts Ende sein, aber jedenfalls das eines alten Kenners würdige Ende.

Das waren die Vorbereitungen auf das Kommen des Besuches nach außen hin; aber auch im Hause fand der junge Gutsherr es für nötig, mancherlei neu zu ordnen. Er verlangte auf einmal von Klara zu wissen, was für Vorräte da wären, ob es etwa nötig sei, noch einiges Besondere aus Berlin kommen zu lassen. Er ging selbst in das Zimmer, das der Graf bewohnen sollte, und ließ noch dies und das hineinstellen und ändern. Klaras gelegentliche Bemerkung, daß der Besuch doch mit dem vorlieb zu nehmen habe, was da sei, fand taube Ohren bei Erich. Es schien, als sei ihm auf einmal nichts mehr gut und elegant genug im eigenen Heim, seit sich dieser Freund angefangen hatte.

(Fortsetzung folgt.)